

Reden

anlässlich der

Rektoratsübergabe am 30. April 1921

im Festsaal der neuen Aula

1.

Jahresbericht für die Zeit vom 15. März 1920
bis zum 30. April 1921 erstattet vom abgehenden
Rektor Professor Dr. Carl Sartorius

2.

Rede des antretenden Rektors Professor
Dr. Adalbert Wahl über „Universität und
Volksbildung“



Jahresbericht

erstattet vom abgehenden Rektor Professor Dr. Carl Sartorius.

Hochansehnliche Versammlung, Kollegen, Kommissionen!

Die akademische Feier, die wir heute begehen, stellt eine Neuerung in dem Leben unserer Universität dar. Es ist zum erstenmal, daß die Uebergabe des Rektorats, die bisher nur in dem verschwiegenen Kreise des akademischen Senats und nur in den nüchternen Formen eines bureaukratischen Aktes sich abspielte, im vollen Licht der Oeffentlichkeit vor sich geht. Die festlichen Tage, an denen bisher die Hochschule aus der Stille ihrer wissenschaftlichen Werkstatt in die Oeffentlichkeit hervorgetreten ist, sind nicht mehr. So haben wir uns auch hier dem Brauche fast aller deutschen Universitäten angeschlossen und den Tag des Rektoratswechsels, der den wichtigsten Einschnitt in der Verwaltungsgeschichte der Hochschule bedeutet, zum akademischen Festtag gestaltet.

Wie bei den bisherigen akademischen Feiern, so haben sich auch heute außer den Angehörigen unserer Gemeinschaft Kollegen und Kommissionen, hohe und werthe Gäste in großer Zahl eingefunden. Ihnen allen, die Sie durch ihre Anwesenheit Ihre freundliche Teilnahme an unserer Hochschule bekunden, sage ich herzlichen Dank. Insbesondere ist es uns eine hohe Ehre, die Herren Vertreter der Staatsregierung, den Herrn Präsidenten Dr. v. Bälz als Vertreter des Herrn Kultministers und den Berichterstatter für Universitätswesen, Herrn Ministerialrat Dr. Buhl in unserer Mitte zu begrüßen. Wir dürfen in Ihrem Erscheinen eine Bekundung der hohen Wertschätzung erblicken, die die Staatsregierung unserer Hochschule entgegenbringt und heißen die Gelegenheit willkommen, der Staatsregierung auch an dieser Stelle unsern wärmsten Dank für die tatkräftige Fürsorge auszusprechen, mit der sie auch in diesem Jahre in den engen Grenzen des Möglichen für die Interessen der Landesuniversität eingetreten ist.

Wenn ich es nun unternehme, Ihnen ein Bild der äußeren und inneren Entwicklung zu entwerfen, die unsere Hochschule im abgelaufenen Verwaltungsjahr genommen hat, so kann ich es freilich nur unter Vorbehalten tun.

Der knappe Raum dieser Stunde, die überdies zum größeren Teil dem neuen Rektor gebührt, zwingt zur Beschränkung. Nur eine flüchtige Skizze ist möglich, die aus der überreichen Fülle des Geschehens das Eine oder Andere heraushebt. Aber auch abgesehen davon, kann die Betrachtung einer einzelnen Universität für sich immer nur Bruchstück sein, denn die Hochschule lebt nicht für sich, sondern ist das Glied einer großen geistigen Gemeinschaft, die alle deutschen Hochschulen und Bildungsstätten in sich schließt. Alles, was, zumal heute in der Gärung der Gegenwart, innerhalb einer Hochschule an Forderungen und Bestrebungen hervortritt, ist nur der örtliche Niederschlag breiter geistiger und wirtschaftlicher Strömungen, die sich an allen Hochschulen auswirken und nach Durchsetzung drängen.

Dieser innere Zusammenhang hat heute auch vielfach äußere Gestalt gewonnen. Der Koalitionsgedanke, der Gedanke organisatorischer Zusammenfassung der Kräfte, hat sich im Laufe der letzten Jahre auch in den sonst so zurückhaltenden und eigenwilligen Kreisen des akademischen Lebens sieghaft durchgesetzt. Neben die Hochschulkonferenzen, zu denen die Vertreter der Regierungen der Hochschulstaaten sich zusammenfinden, ist der Verband deutscher Hochschulen, richtiger der Hochschullehrer, getreten, der sich die Vertretung der geistigen und wirtschaftlichen Interessen der Hochschulen zum Ziel setzt. Die Studentenschaft der deutschen Hochschulen hat sich zur deutschen Studentenschaft zusammengeschlossen, die ihren Wirkungskreis auf alle die Studierenden angehenden vaterländischen, sozialen und Kulturfragen erstrecken will. Die Gefahren, die aus der wirtschaftlichen Notlage für die wissenschaftliche Forschung drohen, führten zur Gründung der Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft. Alle diese Neubildungen sind gewiß von weitreichendem Einfluß auf die Entwicklung unserer Hochschulen und werden in dem Rahmen einer Gesamtgeschichte der Universitäten einen breiten Raum einnehmen müssen. Für die Geschichte der einzelnen Universität müssen sie außer Betracht gelassen werden.

Auf der anderen Seite wird eine solche Jahresübersicht sich nicht streng auf den Zeitraum des einen Verwaltungsjahres beschränken dürfen. Manches, was in diesem Jahr zum Abschluß gediehen ist, geht in seinen Anfängen auf frühere Jahre zurück.

Das gilt auch von den Aenderungen unseres Grundgesetzes, der Universitätsverfassung, die an die Spitze dieser Uebersicht gehören. Die Bestrebungen, denen sie Erfüllung gegeben hat, reichen weit zurück.

Den Wünschen der außerordentlichen Professoren, Anteil an der Selbstverwaltung der Hochschule zu nehmen, hatte bereits die Novelle zur Verfassung von 1912 in einigen Punkten Rechnung getragen: Teilnahme an der Rektorwahl und Vertretung im akademischen Senat. Aber in der Hauptsache und vor allem innerhalb der Fakultäten, denen gerade in den Fragen des Unterrichtsbetriebs die entscheidende Rolle zukommt, blieb doch die Leitung in der Hand der Ordinarien monopolisiert. Der politische Umwandlungsprozeß, der so viele Reformwünsche an die Oberfläche gebracht hat, gab den Bestrebungen der Nichtordinarien neue Nahrung. Die akademischen Behörden haben sich der Berechtigung dieser Wünsche nicht verschlossen. Dank auch der weisen Mäßigung des Nichtordinarienverbands, der sich von allen Uebertreibungen ferngehalten hat, war es schon im Vorjahr ohne Reibungen zu einer Einigung gekommen, die in den Beschlüssen des akademischen Senats vom Jahre 1919 ihren Niederschlag gefunden hat. In diesem Jahre wurden die Verhandlungen nochmals wieder aufgenommen; die Ergebnisse einer Besprechung, die am 29. April 1920 im Kleinen Senat unter Anwesenheit und entscheidender Mitwirkung des Herrn Präsidenten v. Bälz stattgefunden, haben die Zustimmung des Großen Senats gefunden. Die beantragte Aenderung der Verfassung ist am 21. Juli 1920 vom Staatsministerium genehmigt und am 7. August 1920 im Regierungsblatt verkündet worden. Das Extraordinariat als solches ist in seinem Bestand im Gegensatz zu anderen Staaten nicht berührt worden: Es bildet nach der Auffassung aller Beteiligten eine wertvolle Einrichtung der akademischen Lehramtsverfassung, die ebensowohl als Bewährungs- und Durchgangsstufe für jüngere Dozenten, wie als Ver-

etzung minder wichtiger Fächer seine volle Existenzberechtigung besitzt. Aber sämtliche Extraordinarien haben Sitz und Stimme in der Fakultät mit einem Vorbehalt nur, der das entscheidende Gewicht der Ordinarien sicherstellt. Die Zahl der Vertreter der Extraordinarien im Großen Senat ist von 3 auf 6 erhöht, gewählte Vertreter der Privatdozenten gehören den akademischen Senaten und den Fakultäten mit vollem Stimmrecht an.

Auf einem verwandten Gebiet liegt die Fortbildung der Verfassung, die die rechtliche Stellung der Studentenschaft angeht. Auch in den Kreisen der Studierenden ist das Streben nach verantwortlicher Selbstbestimmung je länger je mehr hervorgetreten. Diese Bestrebungen, deren Hauptträger die aus dem Weltkrieg zurückgekehrten und in ihm erprobten und gereiften Kriegsteilnehmer waren, haben bei den akademischen Behörden und bei der Staatsregierung verständnisvolle Würdigung gefunden. Noch lange bevor die später in Preußen mit so löblichen Worten verkündete sog. Reform des deutschen Studentenrechts in Szene gesetzt wurde, hatte bei uns in aller Stille der Allgemeine Studentenausschuß die Anerkennung des Ministeriums erlangt und in der Einführung einer Satzung, einer studentischen Ehrenordnung, in der Bildung zahlreicher Ämter für alle Zweige der studentischen Wohlfahrtspflege und in der Mitwirkung seiner Vertreter bei den akademischen Disziplinarbehörden erfreuliche Proben seiner Leistungsfähigkeit und seines Verständnisses für die Bedürfnisse der Gegenwart gegeben.

Immerhin beruhte bisher die Einrichtung auf unsicheren Rechtsgrundlagen und die Beiträge zum UStA. waren Leistungen, die zwar ausnahmslos nicht verweigert wurden, aber doch freiwilligen Charakter hatten. Es war daher verständlich, daß bei der württembergischen Studentenschaft der Wunsch hervorgetreten ist, den UStA. fortzubilden und dem Muster, das der deutsche Studententag ausgearbeitet hatte, anzupassen. Bei den Verhandlungen, die darüber hier und auf dem Ministerium zwischen den Rektoren und den Vertretern der Studierenden der drei Hochschulen gepflogen wurden, haben die Studierenden volle Einsicht in die natürlichen Grenzen ihrer Mitwirkung an den Universitätsangelegenheiten bewährt. Als ein besonders erfreuliches Zeugnis des wachsenden Solidaritätsbewußtseins der Studierenden darf auch die Tatsache hervorgehoben werden, daß bei allen Verhandlungen und Arbeiten des UStA. Vertreter der Korporationen wie der freien Studentenschaft in einmütiger Gesinnung zusammenwirkten. So führten die Verhandlungen rasch zu praktischem Erfolg. Am 13. Januar d. J. wurde die Verfügung der Staatsregierung erlassen, die die organisierte Studentenschaft der Universität als verfassungsmäßiges Glied der Universität anerkannte, ihren Wirkungskreis bestimmte und sie mit dem Recht der Erhebung von Zwangsbeiträgen ausstattete. Aber dieses Recht bedeutet auch eine schwere Verantwortlichkeit, die nicht allein auf die Schultern der in ständigem Wechsel sich erneuernden Studentenschaft gelegt werden kann. Den Organen der Studentenschaft, das sind die Allgemeine Studentenversammlung, der Allgemeine Studentenausschuß, der Vorstand, die Ämter und die Fachschaften, ist daher ein Vermögensbeirat zugesellt, der aus Vertretern der Dozenten, Alt-Akademikern und den Vertretern der Studenten zusammengesetzt die Kontrolle über die Vermögensverwaltung der Studentenschaft führt. Außerdem ist die Verwaltung der Studentenschaft als einer öffentlich-rechtlichen Organisation einem näher bestimmten

Aufsichtsrecht des Rektors und des Ministeriums unterstellt. Nach all den erfreulichen Erfahrungen, die ich während einer zweijährigen Amtszeit im Verkehr mit den Vertretern der Studierenden gemacht, darf ich der Zuversicht Ausdruck geben: die Tübinger Studentenschaft wird sich der ihr verliehenen Rechte würdig erweisen und die Tätigkeit der akademischen Behörden wertvoll ergänzen.

Uebrigens darf ich hier noch eine geschichtliche Bemerkung anknüpfen. Der Satz: „Es gibt nichts Neues unter der Sonne“, bewährt sich auch hier. Der Studentenausschuß, den so mancher als eine Frucht der Umwälzung mit mißtrauischen Augen betrachtet hat, darf sich eines Ahnen rühmen, der ihn auch den Freunden ehrwürdiger Tradition sympathisch machen muß. Eine Kgl. Verordnung vom 2. Januar 1821, die jüngst erst wieder ausgegraben worden ist, hat bereits einen Studentenausschuß eingesetzt. In dem verschörkelten Kurialstil jener Zeit sind hier alle Gesichtspunkte vortrefflich entwickelt, die auch jetzt für diese Einrichtung sprechen.

Endlich ist auf den Antrag des Senats vom Ministerium am 12. Januar 1921 eine Aenderung der Verfassung genehmigt worden, die eine zwar weniger sachlich als formal bedeutungsvolle Erweiterung des Selbstverwaltungsrechts der Universität als solcher bedeutet. Das bisherige Recht des Vorschlags dreier Kandidaten für das Rektorat ist zu einem Wahlrecht des Senats erweitert, das Ernennungsrecht des Staatsministeriums zu einem Bestätigungsrecht in der Hand des Staatspräsidenten umgestaltet worden.

Für die Zukunft bleiben noch manche Wünsche in dieser Richtung offen. Der Verwaltungsapparat der Universität ist vielfach im Verhältnis zu seinen Aufgaben zu schwerfällig und kompliziert. Es muß doch als eine Vergeudung von Arbeitskraft bezeichnet werden, wenn ein Kollegium von 16 Männern, der sog. Kleine Senat, u. a. darüber zu entscheiden hat, ob die ausstehenden Verpflegungsgelder eines Patienten an die Klinik auf dem Zwangsweg eingetrieben werden sollen.

Auch das Verhältnis der akademischen Behörden zu der Staatsaufsicht verträgt noch ohne Schaden eine Lockerung. Der Vorbehalt der Genehmigung z. B. für alle Ernennungen von Assistenten ist doch eine Formalität, die nur überflüssiges Schreibwerk verursacht. Indessen, wir wollen solche Einzelheiten nicht zu wichtig nehmen. Die Hauptsache ist und bleibt der Geist, in dem die Staatsaufsicht gehandhabt wird: daß sie nicht zu kleinlicher, wenn auch noch so wohlgemeinter Bevormundung ausarte, sondern von verständnisvoller Würdigung des unschätzbaren Wertes der Selbstverwaltung für die Universität getragen sei. Wir dürfen mit Dank anerkennen, daß die Staatsregierung bestrebt ist, in diesem Geiste zu handeln. Insbesondere hat sie stets das wichtigste Recht der Universität, das Vorschlagsrecht des akademischen Senats sorgfältig gewahrt. Wir haben das zuversichtliche Vertrauen, daß der Herr Minister Versuchen von unberufener Seite, den verfassungsmäßig verbrieften Einfluß der Universität auf die Berufungen zu schmälern, unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen werde.

Vieles andere, was die rechtliche Stellung der Hochschule und ihrer Angehörigen betrifft, wäre noch zu erwähnen. Ich erinnere nur an die Einführung der neuen Besoldungsordnung, an die Gehaltsordnung für die Assistenten und die Lohnordnung für die Angestellten, an die Einrichtung eines Betriebsrats usw. Eingeweihte wissen, was diese Neuerungen für eine Unsumme von Arbeit, von Verhandlungen und Miß-

helligkeiten aller Art mit sich gebracht haben. Ich verzichte auf die Einzelheiten. Nur das eine sei hervorgehoben: Die Besoldungsordnung hat den Professoren nicht wie anderen Beamten nur Gewinn gebracht, mit ihr war auch verbunden die Preisgabe einer Vorzugsstellung, die sie vor allen anderen ihrer Kollegen in Deutschland bisher hatten: der ungekürzte Bezug der Unterrichtsgelder. Diese Neuerung bedeutet eine Minderung der Anziehungskraft der Landesuniversität für auswärtige Gelehrte. Wir wollen hoffen, daß sie im Einzelfall ausgeglichen werde durch das Entgegenkommen der Staatsregierung, und vertrauen im übrigen auf die heute höher wie je geschätzten Reize des deutschen Südens.

Damit bin ich bei dem Punkte angelangt, der für die Entwicklung der Hochschule von entscheidender Bedeutung ist, der Zusammensetzung des Lehrkörpers. Zahlreich sind die Veränderungen, die im Laufe des Jahres vor sich gegangen sind.

Pflicht der Pietät ist es, zunächst der Kollegen zu gedenken, die uns der Tod entrißen hat.

Am 3. August 1920 ist der ordentliche Professor an der juristischen Fakultät Otto Geib aus unserer Mitte geschieden. Bis kurz vor Semesterschluß hatte er seine Vorlesungen durchgeführt, obwohl ihn der Tod längst gezeichnet hatte und er nur mit dem Aufgebot der letzten Kräfte noch sein Lehramt ausüben konnte. Wer einmal das rührende Bild gesehen hat, wie der todkranke blinde Mann sich an der Hand seiner treuen Begleiterin zur Universität schleppte, der wird es nie vergessen.

Otto Geib ist als Sohn eines Tübinger Gelehrten geboren worden; er hat an unserer Hochschule seine akademische Laufbahn begonnen, ist zum ordentlichen Professor aufgestiegen und in demselben Hause gestorben, wo er dereinst das Licht der Welt erblickte. Und wenn er auch seit Jahren zurückgezogen lebte, er wird doch von allen, die ihn gekannt haben, Kollegen wie Schülern, schmerzlich vermißt. Denn er war ein ganzer Mann, ein echter Sohn seiner schwäbischen Heimat, die er über alles geliebt hat. Schlicht, lauter und treu — so wird er in unserer dankbaren Erinnerung fortleben.

Am 30. Oktober 1920 ist uns der ordentliche Professor an der philosophischen Fakultät Hermann v. Fischer durch den Tod entrißen worden. Mehr als 32 Jahre hat er der philosophischen Fakultät, zuletzt als ihr Senior, angehört. In Stuttgart am 12. Oktober 1851 geboren, als Student Stiffler in Tübingen, blieb er allezeit mit der schwäbischen Heimat aufs engste verbunden. Die schwäbische Dichtung, besonders Wieland, Mörike und ihre Zeitgenossen standen auch im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Forschung. Neben Literatur und Dialektdichtung griff er mit Vorliebe hinüber auf das Gebiet der Denkmäler unseres deutschen Altertums. Weiteste Beherrschung der deutschen Sprache, ein ausgeprägter eigenwilliger Stil offenbart sich in allen seinen Arbeiten. Der Universität und dem Lande kam seine Kenntnis schwäbischer Verhältnisse und Menschen oft zugute; eine äußerlich herbe Persönlichkeit, scharf und kritisch im Urteil, erwarb er sich durch die innere Wärme und uneigennützigte Hilfsbereitschaft im wissenschaftlichen und persönlichen Verkehr die Achtung seiner Kollegen und die Liebe seiner Schüler. Sein Name bleibt mit der Entwicklung der Universität und der germanistischen Wissenschaft dauernd verbunden.

Noch einen zweiten schmerzlichen Verlust hat die philosophische Fakultät zu beklagen. Am 27. Januar 1921 ist der ordentl. Professor der semitischen Sprachen

Dr. Christian Seybold seinem Leiden erlegen. Geboren am 6. Januar 1859 in Waiblingen hat diesen stillen und scheuen Schwaben ein merkwürdiges Schicksal in jungen Jahren in die weite Welt verschlagen. Im Jahre 1886 trat er als wissenschaftlicher Sekretär und Reisebegleiter in die Dienste Don Pedros II. von Brasilien, den er bis 1891 auf seinen Reisen begleitet hat. Im Jahre 1893 ist er, zuerst als Privatdozent, in die philosophische Fakultät eingetreten. Seine umfassende Gelehrsamkeit — er sprach und schrieb über 20 Sprachen —, seine tiefgründigen Forschungen, seine Kenntnis des Orients haben ihm bei den Orientalisten aller Länder hohen Ruf verschafft und seinen Namen weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus bekannt gemacht. Zurückhaltend und bescheiden im persönlichen Verkehr hat er stets hilfsbereit aus dem reichen Schatz seines Wissens Freunden und Schülern mitgeteilt. Als Mensch wie als Forscher wird er uns immer unvergessen bleiben.

Zwei Mitglieder des Lehrkörpers, deren Persönlichkeit und Lebenswerk mit der Geschichte unserer Universität eng verbunden ist, sind in den Ruhestand getreten, der ordentliche Professor an der theologischen Fakultät Dr. Th. von Haering und der ordentliche Professor an der medizinischen Fakultät Dr. G. von Schleich.

Ehrenvolle Rufe nach auswärts haben abgelehnt die ordentl. Professoren Paschen, Weber und Hessenberg, der a.o. Professor Lehmann. Im übrigen darf ich die Personalien wohl übergehen, die ja durch die Presse auch weiteren Kreisen längst bekannt geworden sind.

Trotz der schweren wirtschaftlichen Notlage des Staates, der ihm und allen seinen Organen strengste Sparsamkeit zur Pflicht macht, dürfen wir auch in diesem Jahre mit Genugtuung wertvolle Erweiterungen der Lehrstühle und der Institute verzeichnen.

Neu geschaffen ist eine zweite ordentliche Professur für germanische Philologie, neu bewilligt ferner eine außerordentliche Professur für Sozialpolitik und Sozialrecht.

Der Umbau der Kinderklinik ist fertiggestellt und seiner Bestimmung übergeben, die Kinderabteilung der Nervenklinik in das für diesen Zweck angekaufte Mehlsche Haus verlegt worden. Der Umzug der Hautklinik und der Ohrenklinik in das schon vor dem Krieg vollendete Heim konnte endlich erfolgen. Welchen Fortschritt diese Errungenschaft darstellt, zeigt ein Vergleich des stattlichen Baues mit dem mehr als bescheidenen Häuschen, das einst die stolze Aufschrift „Ohrenklinik“ trug. Die Zusammenlegung zweier Kliniken, deren Eigenart so ganz verschieden ist, in einem Hause, ist freilich ein Wagnis, das erst seine Probe bestehen muß. Das geographische Institut, das sich bisher mit dem zahnärztlichen Institut in die Räume des Altnikums teilen mußte, ist in das Schloß übergesiedelt und verfügt nun über eine Flucht von Sälen. Endlich ist die urgeschichtliche Sammlung, die bisher einen Fremdkörper im Rahmen des geologischen Instituts darstellte, zu einem urgeschichtlichen Institut erweitert und auf dem Schlosse untergebracht worden, eine erfreuliche, auch für weitere Kreise wertvolle Errungenschaft, die nicht zum wenigsten der Tapferkeit und Opferwilligkeit ihres Leiters, des Herrn R. R. Schmidt zu danken ist.

Dieses Bild würde freilich zu rosig sein, wenn nicht auch der außerordentlichen Bedrängnis gedacht würde, in die alle Institute, zeitweise durch die Kohlennot, vor allem aber und dauernd durch die immer wachsende Teuerung versetzt sind; zumal die Kliniken, deren Verpflegungsätze zum Ausgleich höher und höher geschraubt werden müssen, sind dadurch ernstlich gefährdet.

Auch auf dem Verlustkonto mußte ein Posten gebucht werden: die Lehrstühle für die Studierenden der Forstwissenschaft sind eingezogen und der forstliche Unterricht am Ende des Sommersemesters 1920 aufgehoben worden. Ob diese aus fiskalischen Gründen erfolgte Maßregel mit dem Interesse der württembergischen Forstwirtschaft vereinbar sei, wird die Zukunft lehren müssen.

Der Besuch der Universität ist in diesem Jahre um ein Weniges zurückgegangen, obwohl die zeitweise verfügte Sperre der Hochschule mit Ablauf des Vorjahres aufgehoben und damit die volle Freizügigkeit der Studierenden wieder eingetreten ist. Die Ursache mag mit in den Schwierigkeiten der Unterbringung liegen. Gegenüber der Höchstzahl der Studierenden, die das Wintersemester 1919/20 mit 3408 ordentlichen Studierenden erreicht, bleibt das Sommersemester 1920 mit 3186 um rund 200, das Wintersemester 1920/21 mit 2782 um rund 600 Studierenden zurück. An diesem Rückgang ist neben anderen vor allem die medizinische Fakultät beteiligt, die (ausschließlich der Studierenden der Zahnheilkunde) von der Höchstzahl von 787 im Wintersemester 1919/20 auf 530 im Wintersemester 1920/21 gesunken ist. Dagegen hat sich die theologische Fakultät im abgelaufenen Wintersemester mit 555 Studierenden wieder die erste Stelle unter den Fakultäten errungen.

Zum erstenmal ist auch wieder seit Jahren der Anteil der Frauen — ich darf wohl, ohne die schuldige Höflichkeit zu verletzen, sagen „glücklicherweise“ — stärker zurückgegangen. Gegenüber 211 im Wintersemester 1919/20 waren zuletzt nur mehr 159 eingeschrieben. Uebrigens an den Zahlen anderer, etwa gleich großer Universitäten gemessen, scheint die Universität Tübingen nicht eben hoch in der Frauengunst zu stehen. Nur 5 Hochschulen zählen weniger weibliche Studierende wie Tübingen.

Die Zahl der Hörer hat sich gegenüber dem Wintersemester 1919/20 mit 100 auf rund das Doppelte erhöht.

Leider haben wir in diesem Jahre den Tod einer außergewöhnlich großen Zahl von Studierenden zu beklagen. Die im Wilhelmsstift ausgebrochene Typhusepidemie hat zahlreiche Opfer unter den Studierenden der katholischen Theologie gefordert. Die Studierenden Guido Haßl, Nikolaus Haas, Ernst Dieterich, Max Straub, Josef Reiner, Karl Brugger, Martin Rauwolf sind ihr erlegen. Außerdem sind uns die Studierenden Hans Bier, Theophil Schmidt, Karl Pautsch, Paul Kopf, Franz Kerner, Else Braun, Rudolf Mulot durch den Tod entrisen worden. Reiche Hoffnungen sind mit ihnen zu Grabe getragen worden. Sie alle sind von ihren Angehörigen, Lehrern und Kommilitonen tief betrauert. Ehre auch ihrem Andenken.

Schwer leiden unsere jungen Akademiker unter der Not der Zeit. Die Zahlen der Statistik, die der Verein „Studentenhilfe“ aufgestellt hat, sprechen eine beredte Sprache. Die Schichten unseres Volkes, aus denen die Mehrzahl der Studierenden hervorzugehen pflegt, vermögen die außerordentlich gestiegenen Kosten für das Studium der Söhne nicht mehr aufzubringen. Die Gefahr, daß die Hörsäle der Hochschule veröden und die geistige Kultur des Volkes schweren Schaden leiden werde, rückt immer näher. Hilfe ist dringend nötig. Wohl hat die Staatsregierung den für Staatsstipendien zur Verfügung stehenden Betrag von 6000 Mk. auf 20 000 Mk. erhöht. Ein Tropfen auf den heißen Stein! Nur die Organisation einer Wirtschaftshilfe im großen Stil kann helfen.

Es wird immer ein Ruhmestitel der Tübinger Studentenschaft sein, daß sie als

eine der ersten das Problem erkannt und seine Lösung wagemutig unternommen hat. Am 21. Mai v. J. ist zum erstenmal auf Anregung des UStA. in einer gemischten Kommission, der Vertreter der Staatsregierung, der Studenten, der Dozenten und der Stadt anwohnten, die Errichtung eines Studentenheims erörtert worden. Seitdem hat die Angelegenheit nicht mehr geruht.

Es zeigte sich freilich bald, daß die Größe der Aufgabe die Kraft des UStA. und seines Wirtschaftsamts übersteige. In dieser Erkenntnis ist man im August 1920 zur Gründung eines eingetragenen Vereins „Tübinger Studentenhilfe“ geschritten, dem neben der Vertretung der Studierenden, Dozenten und Freunde der Universität angehören. Er vereinigt in sich die gesamte studentische Wohlfahrtspflege und hat schon auf den verschiedensten Gebieten, der Arbeitsvermittlung, der Berufsberatung, Einzelsfürsorge, des Wohnungswesens eine außerordentlich fruchtbare und segensreiche Wirksamkeit entfaltet. Aber auch in dieser Rechtsform sind es die Studierenden selbst, die unter der Leitung des hochverdienten Vorsitzenden des Vereins, Professor Hegler, die ausführende Arbeit leisten.

Seinen schönsten Erfolg hat der Verein in der eben erfolgten Einweihung des Studentenheims erzielt. Was dieses Werk bedeutet, ist an anderer Stelle gewürdigt worden. Auch an dieser Stelle sei namens der Universität allen denen der herzlichste Dank dargebracht, die sich um dieses Werk verdient gemacht haben. In trüber Zeit war die Einweihung des Studentenheims ein sonniger Lichtblick. Wenn der Geist der Opferwilligkeit, der Schaffenskraft, des Wagemuts, aus dem dieses Werk geboren ist, in unserer akademischen Jugend lebendig bleibt, dann brauchen wir an der Zukunft unseres Volkes nicht zu verzagen.

Freilich aus eigenen Mitteln des UStA. konnten die Kosten dieses Unternehmens nicht gedeckt werden. Auf einen Staatsbeitrag hat der Verein zwar verzichtet, eine Tatsache, doppelt bemerkenswert in einer Zeit, da viele den Inhalt des Staatsbürgerrechts darin erblicken, daß sie den Staat zu schröpfen berufen seien. Er konnte es, weil ihm reiche Mittel aus der Hand hochherziger Stifter zugeslossen sind.

Es gehört zu den erfreulichsten Aufgaben des Chronisten dieses Jahres, von den vielen großen Schenkungen und Stiftungen zu berichten, die der Universität un- mittelbar oder mittelbar zugeslossen sind. Dem Verein Studentenhilfe sind von Wohltätern, die ungenannt sein wollen, Beträge von 250 000 Mk., 300 000 Mk. und 100 000 Mk. zugewendet worden. Durch Vermittlung des Roten Kreuzes sind ihm aus einer Schenkung amerikanischer Wohltäter 10 000 Mk. zur Verwendung für erholungsbedürftige Studierende zugegangen.

Eine Weihnachtspende von rund 20 000 Mk. haben auf Anregung unseres früheren Kollegen Professor Gans schwäbische Landsleute in Argentinien gesammelt und der Universität überwiesen. Ein Betrag von 10 000 Mk. ist Herrn Dr. R. R. Schmidt für die Errichtung des urgeschichtlichen Instituts von Hofrat Schliß in Heilbronn ausgesetzt, für den gleichen Zweck von ungenannter Seite der Betrag von 50 000 Mk. gestiftet worden. Herrn Kollegen Otfried Müller ist für die Herausgabe eines wissenschaftlichen Werkes von Herrn Glaser-Berlin die Summe von 100 000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Mit 200 000 Mk. konnte der Grundstock einer Privatdozentenstiftung errichtet werden, dessen Zinsen in Verbindung mit dem auf 20 000 Mk. erhöhten Fonds des Privatdozentenstipendiums und der beträcht-

lichen Erhöhung der Vergütung für Lehraufträge wenigstens der ärgsten Not des akademischen Nachwuchses steuern sollen. Eine Stiftung von 300 000 Mk. ist zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschungen in den theoretischen medizinischen und naturwissenschaftlichen Instituten bestimmt. Aus einer neuesten Spende von 100 000 Mark sind je 50 000 Mk. der Kinderklinik und der Universitätsbibliothek zur freien Verfügung überwiesen.

Ihnen allen, den genannten und ungenannten Wohltätern, die für die Not der Universität ein warmes Herz und eine offene Hand haben, sei unser wärmster Dank gesagt. Herzlichen Dank auch Herrn Regierungsrat Dr. Reißwänger, der mit seinem Spürsinn so viele und reiche in der heimischen Industrie verborgene Goldadern für uns erschlossen hat.

Mein Herr Vorgänger hat in seinem Jahresbericht als nächste Aufgabe der Universität bezeichnet, Sorge zu tragen, daß das Andenken ihrer gefallenen Söhne in würdiger Weise der Nachwelt überliefert werde. Leider haben die eingehenden Verhandlungen, die in einem aus Studierenden und Dozenten zusammengesetzten Ausschuß geführt wurden, bisher noch zu keinem endgültigen Resultat geführt. Die Anschauungen über Form und Standort des Ehrenmals gehen noch weit auseinander. Möchte es im nächsten Jahr gelingen, ein Denkmal zu errichten, das der gefallenen Helden würdig und dem Ernst der Zeit entsprechend ist.

Damit bin ich am Ende des Berichtes angelangt. Möchte unsere alma mater unter dem neuen Oberhaupt trotz allem Schwerem, was auf uns liegt, ein Jahr frohen und fruchtbaren Schaffens beschieden sein.

Rede des anretenden Rektors Dr. Adalbert Wahl.

Hochansehnliche Versammlung!
Verehrte Kollegen! Liebe Kommilitonen!

In früher Jugend schon werden wir belehrt, daß die Ausnahme die Regel bestätige; ja, wir werden wohl als kleine Knaben veranlaßt, diesen Satz in mehrere lebende und tote Sprachen zu übersetzen. Und wer auch als Knabe schon Philosoph genug war, die Unsinnigkeit dieser Behauptung völlig zu begreifen, wird doch bald mit Resignation lernen, daß, wenn auch nicht alle, so doch viele Regeln nicht ohne Ausnahme gelten. Ich bitte, daß mir das Privileg dieses Satzes zuteil und mir erlaubt werde, nicht, wie es die Regel wäre, über einen Gegenstand aus meinem Fachgebiet zu sprechen, sondern als Ausnahme, über etwas anderes, das mir heute wie immer das Herz bewegt: über Volksbildung und das Verhältnis der Universität zu ihr. Ich bin mir wohl bewußt, ohne rechte Legitimation zu sprechen, insbesondere der Pädagogik nur als Laie gegenüberzustehen, bin aber mit dem Gegenstand schon frühe in innere Berührung gekommen, vielfach praktisch, mehrere Jahre sogar amtlich in Volksbildungsbestrebungen tätig gewesen und schließlich in den letzten Zeiten gerade als Historiker immer wieder auf diese Probleme gestoßen worden: wie nach dem Zusammenbruch Preußens im Jahre 1806 die Besten, ein Stein, ein Fichte von einer Erneuerung des Erziehungswesens das Heil erhofften, so drängt sich, übrigens bei

im einzelnen völlig verschieden gelagerter Aufgabe, auch heute derselbe Gedanke gerade dem Historiker mit Macht auf — auch dem, der sich erinnert, daß schließlich vor 110 Jahren die Erneuerung des preußischen und deutschen Volks nicht durch eine neue Erziehung im engeren Sinn gelang, sondern auf andere Weise. Die Vermutung liegt nahe, daß jene großen Männer trotzdem auf dem rechten Wege gewesen sind.

Von Volksbildung also soll die Rede sein. Ohne bei dem Versuch einer Definition allzulange verweilen zu wollen, der sonst die kurze zur Verfügung stehende Stunde ganz verschlingen könnte, muß doch einen Augenblick bei ihm Halt gemacht werden. Was heißt denn Volk? Was heißt Bildung? Oder vielmehr, wie sind diese Begriffe für das Folgende zu verstehen? Der Begriff „Volk“, auch er einer von denen, die von jeher in verschiedenen Bedeutungen gebraucht wurden, oft sogar von demselben Autor auf derselben Seite in verschiedenem Sinne, wird in der Hauptsache entweder zur Bezeichnung des Volksganzen verwendet (in diesem Sinne hat es sich Bismarck als Reichskanzler bekanntlich einmal verbeten, nicht auch zum deutschen Volk gerechnet zu werden) oder aber für das sogenannte „niedere Volk“. In dem ersteren Sinn ist hier der Begriff Volk nicht gemeint. Die Frage nach dem Wert der Universitätsbildung und der durch unsere höheren Schulen vermittelten Bildung scheidet hier aus; vielmehr soll die Rede sein von der Bildung derjenigen Kreise des deutschen Volks, die der Erziehung durch die höheren Schulen und die Universitäten nicht teilhaftig werden oder die außer Fühlung mit ihr geraten sind; in diesem Sinne also soll von „Volk“ die Rede sein. Dann „Bildung“. Es ist in der öffentlichen Meinung die Vorstellung längst aufgekommen und soweit ich sehe, heute zur völligen Herrschaft vorgedrungen, daß Bildung = Wissen sei, daß jedes Wissen Bildung vermittele. Die sogenannten Volksbildungsbestrebungen gehen meist darin auf, möglichst viel Wissen auf möglichst vielen Gebieten dem Volk zu vermitteln. Dadurch soll es „gebildet“ gemacht werden. Das beruht aber auf einer außerordentlichen Verflachung, auf einer Verwischung des Begriffs Bildung. Bilden heißt formen, also verändern. Auch da hat Fichte einfach das Richtige gesagt: „Keine Erkenntnis soll tot und kalt bleiben, sondern jedwede soll sogleich eingreifen in das Leben, sowie das Leben derselben bedarf.“ Nur solche Erkenntnis vermittelt Bildung. Indessen soll im folgenden, aus Gründen, die hoffentlich einleuchten werden, an einem Punkte wenigstens doch auch von der Vermittlung von Wissen die Rede sein, die, wenn auch noch nicht Bildung, auch ihrerseits eine schöne Sache ist. „Es ist immer gut, etwas zu wissen“, sagt Goethe mit der überzeugenden Einfachheit des Genius.

Die Stellung der Universität zur Volksbildung war bisher etwa diese. Eine unmittelbare oder gar offizielle Beziehung zwischen beiden bestand nicht. Die Universität ging ihren eigenen steilen Weg, suchte mit unerschütterlichem Eifer ihrer schweren doppelten Aufgabe, der Forschung und der Lehre, gerecht zu werden, ohne nach rechts oder links zu schauen. Sie lehrte die Pfarrer, die Lehrer der höheren Schulen, die Richter, die Aerzte. Unmittelbar wandte sie sich durchaus nicht an die Massen derer, die des Universitätsunterrichts nicht teilhaftig wurden. Nicht freilich, als ob sie ihrer geistigen Lage gleichgültig gegenübergestanden hätte. Sie war vielmehr tief davon durchdrungen, daß sie, indem sie ihren eigenen Weg ging, auch für sie das Rechte und das Wesentliche tue, daß, wie Gustav Freytag einmal meinte, das, was sie auf

dem Wege der Forschung fand und auf dem Wege der Lehre weitergab, schließlich in alle Schichten herabsickern werde und alle Gewächse auf deutschem Boden befruchten. Oder, mit einem andern Bilde: sie war oder wollte sein das Herz des geistigen Lebens, das das Blut durch den ganzen Körper jagt, aber nicht etwa die Funktionen anderer Organe mitteilen kann. Sie war ferner von der Vorzüglichkeit auch desjenigen Teils der Volkserziehung überzeugt, auf den sie nur wenig und nur mittelbaren Einfluß hatte, das Volksschulwesen. Es ist ja bekannt, wie allgemein viele Jahrzehnte lang das Wort Oskar Peschels Kurs hatte, wonach der deutsche Volksschullehrer die Schlacht bei Königgrätz gewonnen habe. Hier wurde das Gute der Feind des Besseren.

In den letzten Zeiten vor dem Kriege waren in dieser Stellung der Universitäten unverkennbar gewisse Aenderungen, Fortbildungen eingetreten. Ein Teil der Volksschullehrer erhielt seine Erziehung auch auf der Universität; pädagogische Professuren wurden wesentlich für sie eingerichtet. Von allen unseren Hochschulen ging in wachsender Zahl eine Schar hauptsächlich jüngerer Lehrer hinaus in große und kleine Städte, um dort vor breiteren Kreisen von dem zu reden, was sie oder ihre Lehrer in ihrer Forscherarbeit gefunden hatten. In immer größerem Umfang wurden auch Volkshochschulkurse unter Mitwirkung von Universitätslehrern eingerichtet, häufig am Sitz von Universitäten oder werdenden Universitäten, die sich eines starken Zudrangs erfreuten.

Es ist nun unverkennbar, daß sich mit dieser hergebrachten Stellung der Universitäten manche Illusionen verbanden, und mit der neuen Entwicklung manche Enttäuschungen. Nicht als ob der Gedanke, daß die Resultate der Forschertätigkeit der Universitäten in die tieferen Regionen des Volkes herabsickerten, etwa ganz falsch gewesen wäre; man konnte vielmehr manche Beobachtung im entgegengesetzten Sinne machen, freilich doch am meisten da, wo diese Erkenntnisse mit der Praxis in Berührung führten. Man konnte z. B. staunen, wenn man in norddeutschen Bauernhäusern genaue Kenntnis modernster hygienischer Vorschriften fand. Aber im großen und ganzen drangen sie doch nicht über die Kreise des mittleren Bürgertums hinaus, ja auf vielen Gebieten, wie z. B. das Historische, kaum in sie hinein. Man wird vielmehr mit Beschämung feststellen müssen, daß bei allen oder fast allen Kulturvölkern historische Kenntnis und historische Triebfedern von weit größerer Bedeutung für das nationale Leben waren als beim deutschen Volke. Und welche Illusion war es doch, wenn kurz vor dem Zusammenbruch einer unserer führenden Historiker meinte, Ranke'sche Auffassungen seien Gemeingut weitester Kreise in Deutschland geworden! Der Bauernstand blieb im allgemeinen unberührt von der Tätigkeit der Universitäten, vor allem aber gilt das vom Stand der Fabrikarbeiter, mindestens, soweit es sich um parteipolitisch nicht verwendbare Resultate der Wissenschaft handelte. An diesem Stande fanden aber auch die sogenannten Volkshochschulen ihre Schranke. Gerade für ihn in erster Linie wurden sie häufig, ja in den meisten Fällen gegründet, von ihm aber wiederum in der Regel völlig vernachlässigt. Der Vortragende darf da aus eigener Anschauung reden, da er zwei Jahre lang in dem mit Recht berühmten und in seiner Art großartigen Vorlesungswesen einer unserer größten Städte gearbeitet hat. Ehe er dorthin kam, wurde ihm wohl einmal das Auditorium eines illustren dortigen Kollegen folgendermaßen geschildert: in den ersten Reihen die Spitzen der Gesellschaft, dann Hunderte

von Bürgern, von Lehrern und Lehrerinnen, weiter hinten zahlreiche verliebte Pärchen, die sich da ein Stelldichein gaben und — ein Briefträger! Und so sehr viel anders sah es in der Tat nicht aus, als diese etwas pointierte Schilderung vorausahnen ließ. Sicher ist eines: von eigentlichen Arbeitern, an die bei jenen Einrichtungen mit in erster Linie gedacht worden war, kamen verschwindend wenige. Oder mit anderen Worten: eine geistige Berührung zwischen der Wissenschaft, wie sie die Universitäten pflegen und dem Stand der Fabrikarbeiter fand weder unmittelbar noch mittelbar statt. Diese bezogen in ihrer überwiegenden Mehrheit, nämlich soweit sie dem Sozialismus huldigten, ihre geistige Nahrung von der Partei.

Damit sind wir aber bei einer Tatsache von fundamentaler und katastrophaler Bedeutung angelangt, die den Kernpunkt der sozialen Frage bildet: es leben in Deutschland seit Jahrzehnten, um mich platonisch auszudrücken, zwei Völker, nicht ein Volk (nicht freilich in Deutschland allein; vielmehr ist in den meisten europäischen Ländern die Lage ähnlich, in einigen, wie England, besser, in anderen, wie Frankreich, vielleicht noch schlimmer als bei uns). Also zwei Völker, nicht so sehr getrennt durch die äußeren Bedingungen des Lebens — vielmehr hatte sich da eine gewisse Ausgleichung vollzogen —, wohl aber völlig geschieden durch die Ideenwelten, die sie beherrschten. Waren für das eine Volk die Ideen von Gott und Unsterblichkeit entweder noch der Hauptinhalt des Lebens oder wurden sie wenigstens mit der gebührenden Ehrfurcht oder doch Achtung behandelt, so hatte sich das andere einreden lassen, daß diese Ideen nur Falsch seien, um die arbeitenden Klassen zu fangen und in der Sklaverei zu erhalten. Hatte sich das eine Volk aus den flachen und trüben Wassern der materialistischen Philosophie völlig herausgearbeitet, so hielt das andere mit Leidenschaft an dem Gedanken fest, daß materielle Triebfedern die einzig mächtigen im geschichtlichen Leben seien, woraus von den meisten die logische Folgerung gezogen wurde, daß materielle Ziele auch die einzig erstrebenswerten seien. Dementsprechend glaubte dieses Volk auch gar nicht mehr daran, daß unzählige Bürger des anderen ihren Beruf unter nicht materiellen Gesichtspunkten ergriffen und ausübten. Sie waren weit davon entfernt, selbst die Besten ihrer Mitbürger zu sehen, wie sie waren. Sie lebten in einem Nebel, beherrscht von einem völlig weltfremden Dogma. Sie sahen die Dinge nur durch ein geschwärztes Glas. Vor allem eines: sie sahen unseren Staat nicht, wie er war, mit seinem redlichen, gewiß in der ganzen Weltgeschichte nicht erreichten Bestreben, gegen alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig gerecht zu sein. Sie hielten ihn für eine Maschine, erfunden, um eine Klasse gegen die andere zu beschützen. Sie dachten niedrig vom Staate überhaupt; sie hielten die einzelnen nationalen Staaten bloß für Schranken, die den Zusammenschluß des sogenannten Proletariats hinderten, der aber trotzdem sicher bevorstehe. Damit berühren wir ein letztes unter dem wenigen, das hier aus der Ideenwelt dieses Volkes hervorgehoben werden sollte: während das andere Volk gelernt hatte, daß das Volk-kommene, solange Menschen Menschen bleiben, niemals erreicht werden kann, dachte dieses utopistisch und chiliaistisch. Es war überzeugt davon, daß durch ein paar Umlagerungen, vor allem in der Wirtschaftsordnung, das goldene Zeitalter auf Erden herbeigeführt werden könne und werde. Gerade das gab seinem Glauben die Schwungkraft und gerade das — und darauf muß der stärkste Nachdruck gelegt werden — erhob ihn über alle Konkurrenz und verhinderte, daß irgendeine andere

Lehre ihn verdrängen konnte. Denn keine andere Lehre konnte mit gleich greifbaren und gleich glänzenden Versprechungen aufwarten. So drang denn schließlich an das Ohr dieses Volkes kaum ein Ton mehr aus einer anderen Welt. Dieser Zustand, wonach zwei Völker in unserem Lande lebten und leben, die gegenseitig nicht mehr ihre Sprache verstehen, war und ist grauenhaft. Das Wort ist nicht zu stark.

Aus dieser Lage müssen wir herauskommen, ja es ist für uns eine Zukunftsfrage, die an Bedeutung unmittelbar hinter den Problemen der auswärtigen Politik steht, ob wir uns aus ihr befreien können. Aber wie wäre das zu erreichen? Es ist offenkundig, daß zwei Wege, auf denen man dieses Ziel erreichen wollte, vollkommen versagt haben. Erstens die Hebung der materiellen Lage der Arbeiter. Mit dem 1000jährigen Reich können keine sozialen Verbesserungen den Wettbewerb bestehen. Alles, was da geboten werden kann, wird nur als bescheidene Abschlagszahlung betrachtet werden. Es hat aber auch versagt die Erteilung eines starken Anteils an der Staatsgewalt, vornehmlich durch das allgemeine Wahlrecht; versagt hat also der Gedanke der großen Männer der Reformzeit, eines Stein vor allem, der erzieherische Gedanke, wonach durch Anteil am Staat Bürgergeist und Gemeingeist erzeugt werden. Der Grund ist leicht zu finden. Der Gedanke hatte seine Gültigkeit doch nur für die, die dem Staat unbefangenen gegenüberstanden und nicht für die, die ihn durch den Nebel einer verfliegenen Theorie betrachteten und davon durchdrungen wären, nicht nur, daß der konkrete Staat der Feind sei, sondern daß der Staat an sich der Feind sein müsse. Zwei andere Mittel aber sind vorhanden, um dem furchtbaren Zustand ein Ende zu machen. Das eine freilich entzieht sich unserer Beeinflussung — ganz gewiß das stärkste. Das ist die Not, in der wir leben und die sich unerbittlich noch steigern wird. Zu dem anderen aber sollten wir alle Hand anlegen und zwar in erster Linie die Universitäten: zu dem Versuch, einen neuen Geist in unser Volk hineinzutragen, auf daß es ein Volk werde. Dazu ist wieder eines der großartigsten Mittel eine gesunde Erziehung des Volkes.

Das, was bisher an Volksbildung geleistet wurde, ist freilich zu diesem Zwecke völlig unzureichend gewesen. Hamburg mit seinem großartigen Volksbildungswesen ist dafür ein ganz überzeugendes Beispiel. Keine Spur davon, daß dort etwa die Massen einsichtiger gewesen wären in ihren Anschauungen über staatliche Notwendigkeiten, über das Verhältnis des Einzelmenschen zum Staat und andere derartige entscheidende Fragen. Ja, wir haben es kürzlich noch erfahren, daß sogar ihre Führer keine leise Ahnung selbst von den notwendigen Vorbedingungen geistiger Tätigkeit besitzen. Wie aber hätte es auch anders sein können, da die Arbeiter zu den Veranstaltungen des dortigen Volksbildungswesens nur in so geringer Zahl erschienen, ja gewiß in größerer Zahl nicht erscheinen durften und sofern sie es taten, ganz planlos heute über naturwissenschaftliche Dinge belehrt wurden, morgen über historische, dann wieder über juristische, fast ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung, fast nur in der Form von Vorträgen, von denen man mit Sicherheit annehmen kann, daß sie, um eine erste Wendung zu gebrauchen, zum einen Ohr hereingingen und zum anderen wieder hinaus. Seit der Revolution sind nun derartige Fehler in groteskem Umfang geäußert worden. Wer Lust hat, tut eine Volkshochschule auf, gleichgültig, ob er dazu befähigt ist oder nicht, wo dann regelmäßig ein Ragout und ganz gewiß meist ein Ragout aus anderer Schmaus serviert wird. Das alles stiftet kaum Nutzen, wohl aber sicher

Schaden, indem nur ein schädlicher Schein von Wissen erzeugt wird. Das muß anders werden. Da steht nun nach meiner Ueberzeugung die Aufgabe der Universitäten ein. Nicht als ob hier etwa der Vermischung der Tätigkeit der Universität mit der der Volkshochschule das Wort geredet werden solle. Dieser Gedanke, der ja wie jeder Widersinn auch seinerseits in den letzten Jahren häufig geäußert worden ist, wäre vielmehr schlechthin verhängnisvoll. Fort mit jeder Anregung, die die Universität von ihrer eigenen hohen Aufgabe abziehen könnte, zumal ja heute schon genug auf sie einströmt, das dazu geeignet ist, zumal mächtigen und gefährlichen Strömungen unserer Zeit nur durch strengste Konzentration der geschulten geistigen Arbeit begegnet werden kann und wir heute von einem Meer von Phrasen überschüttet werden, die sich für Ideen ausgeben und die wiederum nur durch strengste kritische Zucht entlarvt werden können. Aber die geistige Leitung eines neuen Volksbildungswesens können und müssen die Universitäten übernehmen; sie fällt durchaus in den Rahmen ihrer Aufgaben. Es gilt, die Grundideen zu finden, durch die unser Volksbildungswesen umgestaltet, nein, neu geschaffen werden muß! Das ist unsere Aufgabe, die wir nicht einzelnen Privatpersonen und etwa gar parteipolitisch Interessierten überlassen dürfen, die gerade Lust und Laune haben, sich als Volkshochschullehrer zu betätigen; auch nicht ohne weiteres den heutigen Staaten, die dem Wesen unserer Verfassungen nach immer in Gefahr sind, Parteistaaten zu werden — da nun einmal Parteiauffassung und wahre Bildung unversöhnliche Todfeinde sind.

Um auf diese großartige Aufgabe der Universitäten hinzuweisen, nämlich die leitenden Gedanken für den Aufbau eines Volksbildungswesens zu finden und über diesen Gegenstand unablässig nachzudenken, darum wurde heute das Wort zu diesem Gegenstand ergriffen, nicht aber etwa, um die Aufgabe gleich hier lösen zu wollen. Wenn nun noch einzelne Bemerkungen über ausgewählte Fragen aus diesem Gebiet folgen, so wird sich zeigen, daß sie eher geeignet sein werden, auf Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, als sie zu beseitigen und Fragen aufzuwerfen, als sie zu beantworten.

Aus den reichen Erfahrungen der Universitäten über die Bedeutung der Vorbildung für den Unterricht, ergibt sich ohne weiteres, daß die Bildung, die man dem „Volk“ zuteil werden lassen will, durchaus nicht einheitlich sein kann. Es dürfte sich empfehlen, unter diesem Gesichtspunkt das Volk in drei Gruppen zu teilen: das Bürgertum der Städte, die Bauern, die Fabrikarbeiter. Am einfachsten ist die Aufgabe dem städtischen Bürgertum gegenüber. Da sind am ehesten noch die primitiven sogenannten Universitätsausdehnungsbestrebungen (university extension) am Platz, wonach nämlich durch Einzelvorträge oder Kurse die Resultate der Forschung in populärer Weise weitergegeben werden. In derartigen städtischen Zuhörermassen werden sich auch akademisch Gebildete finden, die durch eigene Studien oder Erinnerungen und andere, die durch Lektüre von Zeitschriften oder sogar von wissenschaftlichen Büchern aufnahmefähig gemacht worden sind. Es ist, wie der Vortragende aus Erfahrung behaupten kann, eine dankbare Aufgabe für den Universitätslehrer, mit solchen Zwecken unter die Volksgenossen hinauszugehen, besonders in die kleineren Städte und zumal dahin, wo sich ein mehr oder weniger geschlossener Hörerkreis zusammenfindet. Möchten sich viele, besonders unter den jüngeren Gelehrten, dazu bereit finden! Aber damit ist doch nur ein kleiner Teil der Arbeit getan, von der hier die

Rede ist, freilich wichtig genug auch er. Es sei hier noch einmal daran erinnert, daß z. B. gewiß in kaum einem Kulturvolke der Welt sich so geringe historische Kenntnisse oder besser historische Bildung findet, wie in dem Volke Rankes, des größten Historikers aller Zeiten und Völker, und Treitschkes.

Wesentlich schwieriger ist das Problem einer vertieften Geistesbildung der Bauern. Man kann es in folgende Worte fassen: die Bauern sind in geistige Gemeinschaft mit den übrigen Teilen des Volkes zu bringen und sollen doch Bauern bleiben. Müssen wir vor dieser Problemstellung — ein urwüchsiges und doch ein gebildetes Bauernvolk zu haben — nicht verzagen? Die Aufgabe ist aber dringend. Aus berufensstem Munde wurde dem Vortragenden erst kürzlich wieder der geistige Hunger des norddeutschen Bauern mindestens geschildert. Ein schöner Trost wird uns aber durch das Beispiel eines kleinen germanischen Nachbarvolkes geboten, das in dieser Richtung wahrhaft Großes geleistet hat. An die Betrachtung dieses Vorbilds werden einige allgemeine Betrachtungen zu knüpfen sein. Es handelt sich dabei um Dänemark. Hier bestehen seit mehr als zwei Menschenaltern Bauernhochschulen oder -Akademien. (Ueber die Berechtigung dieses Namens kann gestritten werden und ist viel gestritten worden. Wer z. B. unter einer Hochschule unter allen Umständen nur eine Anstalt verstehen will, die mit der Lehre auch die Forschung verbindet, muß die Bezeichnung Bauernhochschule und natürlich auch Volkshochschule verurteilen. Allein es sprechen doch gewichtige Gründe für die Beibehaltung des nun einmal eingebürgerten Namens. Man unterschätze nicht die werbende Kraft des Wortes! Erleichtert wird der Entschluß, an ihm festhalten, auch durch die Tatsache, daß die Namen Hochschule und Akademie heutzutage hundertfältig für Anstalten gebraucht werden, die mit einer Hochschule im alten strengen Sinn sehr viel weniger zu tun haben als etwa die Bauern- oder die Volkshochschulen; verfügen wir doch heutzutage sogar über „Schneiderakademien“!) Die erste dieser Bauernhochschulen wurde 1844 in Rødding in Nordschleswig durch Grundtvig gegründet; zahlreiche andere folgten. Der Besuch ist sehr stark; man berechnet, daß heutzutage etwa zwei Drittel aller dänischen Bauern durch diese Hochschulen hindurchgegangen sind. Was ist nun das Wesentliche an ihnen? Zweierlei, wie mir scheint. Die meisten Besucher werden auf ein halbes oder dreiviertel Jahr in die häusliche Gemeinschaft der Lehrer aufgenommen und die Belehrung erfolgt in der Hauptsache in der Form von eigentlichem Unterricht, nicht durch Vorträge. Dann aber: es wird ein sachlich streng begrenzter Stoff in einheitlichem Geiste gelehrt und nicht etwa der Versuch gemacht, etwas von allem zu geben und gar noch heute von einem Redner dieser Partei, morgen von dem einer andern. Die Grundlage der dort dargereichten Bildung ist die unserer gesamten Kultur überhaupt, das Christentum. Es braucht hier nur daran erinnert zu werden, daß Grundtvig, der hervorragendste Erwecker eines wahren lebensvollen Christentums im Dänemark des neunzehnten Jahrhunderts, auch der hauptsächlichste Schöpfer dieses bäuerlichen Erziehungswesens ist. Gelehrt aber wird neben Sachlichem, d. h. Landwirtschaftlichem, das aber zurücktritt, und nicht wie bei unseren sogenannten Fortbildungsschulen die Hauptsache darstellt, ganz wesentlich dänische Geschichte und nordische und dänische Literaturgeschichte. Mit diesem System hat Dänemark ganz außerordentliche Erfolge erzielt. Es verfügt über einen Bauernstand, der nicht nur in seinem Beruf die Bauern wohl aller Länder der Welt weit übertrifft, sondern der auch

bei durchaus bäuerlicher Art überaus hoch gestiftet ist und vor allem nicht, wie die Bauern fast allenthalben sonst, dem staatlichen und nationalen Leben mehr oder weniger kühl gegenübersteht, sondern mitten in ihm drinnen, ja von sehr lebhafter nationaler Gesinnung erfüllt ist. Noch einmal: das Charakteristische an diesen Bauernhochschulen ist, daß von ihnen nicht wahllos totes Wissen aus allen möglichen Gebieten vermittelt wird, sondern Bildung, d. h. Wissen, das überall zum Leben in Beziehung steht, also geeignet ist, den Menschen zu leiten und zu formen — durch Kenntnis der Leistungen der Väter und durch Freude über die erhabene Poesie früherer Geschlechter.

Ob nun eine einfache Uebertragung derartiger Einrichtungen auf Deutschland (wo übrigens einige Ansätze dazu schon vorhanden sind) tunlich oder erwünscht wäre, das soll hier nicht untersucht, vielmehr nur auf die Schwierigkeiten dieses Unternehmens und auf die Unterschiede zwischen der Lage in Dänemark und der in Deutschland hingewiesen werden. Sie dürften vor allem in zwei Richtungen zu suchen, freilich wohl nicht unüberwindlich sein. Bei uns dürfte zwar ein Teil des Bauernstandes, vornehmlich der große Bauer Norddeutschlands, wirtschaftlich und geistig reif sein für derartige höhere Bildung, ein anderer sehr großer Teil, nämlich die Masse der mittleren und kleineren Bauern aber minder, während Dänemark mit seinem vorwiegend hoch begüterten Bauernstand da von jeher in günstigerer Lage war. Freilich müßte ja auf alle Fälle bei der Riesenhaftigkeit der Aufgabe schrittweise vorgegangen und zuerst mit einer Elite begonnen werden. Dann aber ein Zweites: derartige Unternehmungen würden in Deutschland durch die konfessionelle Spaltung empfindlich erschwert werden, während ja Dänemark geschlossen lutherisch ist.

Hieran läßt sich aber ein Gedanke von weit prinzipiellerer Bedeutung anknüpfen. Savigny hat bekanntlich im Jahr 1814 jene glänzende Schrift erscheinen lassen, in der er nachzuweisen suchte, daß der Augenblick für eine Kodifikation des Rechts aus inneren Gründen äußerst ungünstig sei. Gilt nun nicht ähnliches tatsächlich für den Gedanken, im gegenwärtigen Deutschland ein wahres Volksbildungswesen zu schaffen? Sieht man näher zu, so wird man finden, daß Bildung in jenem Fichteschen Sinne in Wirklichkeit durch keinerlei Wissen allein erreicht werden kann, sondern daß dazu auch ein Glaube gehört, nämlich von den höchsten Dingen, die dem Wissen ihrem Wesen nach unerreichbar sind, ein Glaube, der dieses Wissen erst zu einer Einheit zusammenfaßt und so erst wahrhaft lebendig macht. Dabei kann es sich in erster Linie um einen religiösen oder einen philosophischen Glauben handeln. Auf beiden Gebieten aber herrscht bei uns nicht ein Glaube; wir finden vielmehr einen vollkommenen Wirrwarr, wie gar nicht näher ausgeführt zu werden braucht. In wieviel glücklicherer Lage ist da doch England! Und gerade deswegen ist das Zweivölkerproblem drüben soviel weniger ernst als bei uns. Bei allem Gegensatz der Konfessionen, bei dem zwischen Staatskirche und Sekten und bei dem vielfach wütenden Streit der Richtungen innerhalb der Staatskirche bildet der christliche Glaube dort, aus Gründen, die hier nicht untersucht werden sollen, in unendlich viel höherem Grade als bei uns ein einigendes Band, das fast alle Volksgenossen umschlingt. Ferner verfügt England über eine Philosophie, deren Schwäche ihre Kraft ist, deren Flachheit es ihr ermöglicht, außerordentlich breite Kreise zu beherrschen, jene Nützlichkeitsphilosophie, für die das Gute das Nützliche, das Nützliche aber auch das Gute ist. Bei uns aber Wirrwarr! Damit soll freilich selbstverständlich nicht gesagt

sein, daß nicht unzählige unter uns einen festen Grund ihrer Bildung besitzen. Was aber fehlt — es ist das in unserem Sinn Entscheidende —, das ist die mehr oder weniger vollkommene Einheitlichkeit derartiger Fundamente im ganzen. Wäre es da nicht Pflicht zu warten, bis etwa sich, wie es manchmal in den letzten Zeiten den Anschein gehabt hat, aus dem philosophischen Wirrwarr eine mehr oder weniger herrschende Lehre durchringt?

Diese Frage des Abwartens ist im Auge zu behalten, wenn wir uns nunmehr der Betrachtung der letzten und schwierigsten Aufgabe auf diesem Gebiet zuwenden — der Frage der Arbeiterbildung. Hier stoßen wir nun auf eine neue Schwierigkeit, die freilich in anderem Zusammenhang schon behandelt wurde. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter ist hermetisch von uns abgeschlossen. Sie hören uns nicht, sie wollen und dürfen uns nicht hören. Sie glauben, im Besitz eines seligmachenden Glaubens zu sein, der ihnen auf allen Gebieten Lehren und Rezepte vorschreibt, ja sogar eine neue Ethik geschaffen haben will. Auch aus diesem Grunde müssen wir die Lösung des Problems der Arbeiterbildung vertagen. Noch einmal: mit dem, was der Marxismus den Seinigen zu bieten vorgibt, kann kein Mensch und kein Gott konkurrieren. Wir müssen Geduld haben. Was durch 50jährige systematische Arbeit verdorben worden ist, kann nicht über Nacht wieder gut gemacht werden. Ueberdies, wer unbefangenen den Verlauf der Geschichte der Menschheit betrachtet, wird bald davon durchdrungen sein, daß starke, weithin herrschende Ideen durch andere Ideen gar nicht besiegt und verdrängt werden können. Es können nur schon absterbende Ideen durch andere ersetzt werden. Auf alle Fälle wird auch hier gelten, was soeben von der Bauernbildung gesagt wurde: auch hier werden wir uns zuerst an eine Elite zu wenden haben.

Vertagen aber heißt nicht die Hände in den Schoß legen. Können wir fürs erste nicht wahre Bildung vermitteln, so doch vielleicht Wissen, Kenntnisse, die in die Massen hineingebracht werden müssen, wenn anders das deutsche Volk je wieder emporkommen soll, besonders Kenntnisse auf dem historisch-politischen Gebiet. Mit allen Mitteln müssen wir sie verbreiten, und wir werden dabei in den handgreiflichen Lehren der Geschichte der letzten Jahre einen mächtigen Bundesgenossen haben. Es handelt sich dabei nicht etwa um tief sinnige Weisheit, vielmehr um ganz triviale Wahrheiten, die andere Völker instinktmäßig erfassen, die aber unserem Volk in dem künstlichen Nebel, in dem es gehalten wird, abhanden gekommen sind: daß das Glück jedes einzelnen Menschen nur durch ihn selbst errungen werden kann, soweit es überhaupt ein „Glück“ gibt, niemals aber durch politische oder wirtschaftliche Einrichtungen; daß das äußere Wohlergehen des einzelnen unlöslich mit der Blüte und Macht des ganzen verbunden ist; daß es ein Widerspruch ist, den Staat mit Füßen treten und doch die Kultur, ja nur das wirtschaftliche Wohlergehen fördern zu wollen; daß die auswärtige Politik der schlechthin wichtigste Zweig der Politik ist, da von der auswärtigen Lage der Staaten alles andere abhängt; daß ein Volk ohne nationales Ehrgefühl dem Wesen der Dinge nach zugrunde gehen muß. Derartige Trivialitäten müssen wir immer wieder in alle vier Winde hinausrufen, um aus einem politisch unbrauchbaren Volke ein brauchbares zu machen, freilich uns dabei wohl bewußt, daß wir damit noch nicht Bildung im höheren Sinn verbreiten.

Ehe wir dazu in der Lage sein können, gerade den Massen der Arbeiter gegen-

über, müssen also zwei Vorbedingungen erfüllt sein. Der Marxismus muß seine Herrschaft verloren haben. Der Anzeichen sind genug vorhanden, daß diese Entwicklung im Gange ist. Zudem sind die Erfahrungen, die mit ihm in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern gemacht worden sind, nicht geeignet, ihm neue Lebenskraft einzuflößen. Der Marxismus — ein Produkt des tiefen, philosophischen Verfalls nach der Abwendung des deutschen Geistes vom Idealismus in den dreißiger Jahren, wie unter anderem sein Eklektizismus beweist — konnte seine wunderbare Ausbreitung erhalten doch nur in einem Zeitalter des Darniederliegens der Religion und der Philosophie. Durch den Aufschwung einer Philosophie, die weite Kreise zu beherrschen in der Lage sein würde, könnte er, absterbend, ersetzt werden. Ein Aufschwung der Religion oder der Philosophie also ist die zweite Vorbedingung, die erfüllt sein muß, wenn wir ein wahres Volksbildungswesen zu gründen in der Lage sein wollen. Auf diesen Aufschwung der Philosophie aber dürfen wir, so scheint es zuweilen, hoffen. Betrachten wir die Dinge so, so leuchtet ein, daß die Universitäten gerade, indem sie ihrer eigensten Aufgabe dienen, auch zugleich im höheren Sinn das Entscheidende für die Volksbildung tun.

Das heißt aber nicht, noch einmal, daß wir uns nicht auch unmittelbar mit heißem Bemühen den Fragen der Volksbildung mit unserem Denken zuwenden. Das zu tun sei uns vielmehr Recht und Pflicht! Bereit sein ist alles, heißt es auch hier. Mit einer konkreten Forderung will ich schließen. Der Beruf des Volkslehrers — so sollten wir sagen statt Volkshochschullehrer — ist schwer. Gewiß der schwerste von allen Lehrberufen. Die beste Vorbildung ist für ihn gerade gut genug. Wir müssen darauf dringen, daß im allgemeinen nur derjenige, der bei uns vorgebildet ist, dieses hohen Amtes walten dürfe, der bei uns vollste allgemeine, fachliche und kritische Ausbildung genossen hat. Das heißt nicht Vermischung der Aufgabe der Universität mit der der Volkshochschule, ebensowenig wie bisher die Erziehung der höheren Lehrer zu einer Vermischung von Universität und Gymnasium geführt hat. Ob zur Heranbildung der Volkslehrer an den Universitäten noch besondere Einrichtungen erforderlich wären — umfangreich brauchen sie auf alle Fälle nicht zu sein — soll heute nicht untersucht werden. Aber der Satz gelte unumslößlich: als Volkslehrer soll, von einzelnen gottbegnadeten Individuen abgesehen, nur der hinausgehen dürfen, der durch unsere Pforten ein- und ausgegangen ist.
